

II-2793 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM
FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

WIEN, am 8. Jänner 1988

DVR: 0000060

Zl. 1000.89/330-I.2/87

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten
Dr. Lothar Müller, DDr. Gmoser und
Genossen an den Herrn Bundesminister
für auswärtige Angelegenheiten betreffend
Äußerungen des Herrn Bundespräsidenten
Dr. Waldheim zu der Tätigkeit der von ihm
selbst gewünschten Historikerkommission

1180 IAB
1988 -01- 11
zu 1328/J

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

Die Abgeordneten Dr. Lothar MÜLLER, DDr. Gmoser und Genossen haben am 3. Dezember 1987 unter Zl. 1328/J-NR/1987 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend Äußerungen des Herrn Bundespräsidenten Dr. Waldheim zu der Tätigkeit der von ihm selbst gewünschten Historikerkommission gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

- "1. Ist es richtig, daß der Herr Bundespräsident an die Bundesregierung mit dem Ersuchen herangetreten ist, eine unabhängige Kommission von Militärhistorikern unter internationaler Beteiligung zu bestellen?
2. Ist es richtig, daß die Kommission mit der Prüfung und Evaluierung des "gesamten Materials" im Lichte der "gegen den Herrn Bundespräsidenten erhobenen Vorwürfe" zu denen bekanntlich auch der Vorwurf des Verschweigens von Tatsachen zählt, betraut werden sollte?
3. Ist es richtig, daß Sie dem Ministerrat in diesem Sinn einen Antrag vorgelegt haben und daß der Ministerrat Ihrem Antrag zugestimmt hat?
4. Wenn ja, wie lautet der Wortlaut dieses Antrages?
5. Sind Sie bereit, den Bericht der Historikerkommission zu veröffentlichen?

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1) Ja, der Herr Bundespräsident hat am 7. Mai 1987 ein derartiges Ersuchen an die Bundesregierung gerichtet.

Zu 2 - 4) Mit einem Mündlichen Vortrag an den Ministerrat Zl. 1000.89/45-I.2/87 vom 18. Mai 1987 habe ich beantragt, daß die Bundesregierung den Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten ermächtigen wolle, die erforderlichen Schritte zur Einsetzung einer unabhängigen Kommission von Militärhistorikern unter internationaler Beteiligung zu setzen. Die Bundesregierung hat diesem Antrag am 19. Mai 1987 zugestimmt.

Dieser Mündliche Vortrag an den Ministerrat lautete wie folgt:

"Der Herr Bundespräsident ist an die Bundesregierung mit dem Ersuchen herangetreten, eine unabhängige Kommission von Militärhistorikern unter internationaler Beteiligung zu bestellen. Die Bundesregierung sollte nunmehr den Bundeskanzler im Einvernehmen mit dem Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten ermächtigen, die erforderlichen Schritte zur Einsetzung einer solchen Kommission zu setzen und diese mit einer möglichst raschen Berichterstattung an die Bundesregierung zu beauftragen. Die Kommission soll mit der neuerlichen Prüfung und Evaluierung des gesamten Materials im Lichte der gegen den Herrn Bundespräsidenten erhobenen Vorwürfe betraut werden."

Auf der Basis dieses von der Bundesregierung gefaßten Grundsatzbeschlusses wurden in der Folge die erforderlichen Maßnahmen zur Einsetzung einer unabhängigen internationalen Kommission von Militärhistorikern ergriffen. Der ihr von mir im Einvernehmen mit dem Herrn Bundeskanzler erteilte Auftrag sieht als ihre Aufgabe eine neuerliche Prüfung und Evaluierung der diesbezüglich vorhandenen Unterlagen im Lichte der gegen den Herrn Bundespräsidenten Dr. Waldheim erhobenen Vorwürfe vor. "Die Kommission soll die vorgebrachten Anschuldigungen dahingehend untersuchen, ob ein persönliches schuldhaftes Verhalten von Dr. Kurt Waldheim während seiner Kriegsdienstzeit vorliegt." Sie soll im Rahmen eines vertraulichen Verfahrens aufgrund von ihr gesammelter oder von welcher

- 3 -

Seite immer zur Verfügung gestellter Dokumente die betreffenden Sachverhalte feststellen und bewerten. Das Ergebnis ihrer Tätigkeit soll ein der Bundesregierung zu unterbreitendes Gutachten sein.

Zu 5) Es wird der Bundesregierung obliegen, über die Veröffentlichung des Gutachtens der Historikerkommission zu entscheiden.

Der Bundesminister
für auswärtige Angelegenheiten:

